



Offizielle Bekanntmachungen der Andrassy Universität Budapest

2. Jahrgang
Nr. 5 / 2013
Budapest, 16.10.2013

Herausgeber:

Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy
Gyula Deutschsprachigen Universität Budapest,
Pollack Mihály tér 3., H-1088 Budapest

ViSdR:

Ákos Domahidi, Kanzler

Redaktion:

Rektoratsbüro

Inhalt

| | |
|--|---|
| 1. Senatsbeschlüsse vom 19.09.2013 | 1 |
| 2. Termine | 3 |
| 3. Sonstige Bekanntmachungen | 7 |
| 4. Anhang | 8 |

1. Senatsbeschlüsse vom 19.09.2013¹

Senatsbeschluss 57./2013 vom 19.09.2013

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 58./2013 vom 19.09.2013

Die Tischvorlagen werden einstimmig angenommen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 59./2013 vom 19.09.2013

Das Protokoll der Senatssitzung vom 16. 05. 2013 wird einstimmig angenommen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 60./2013 vom 19.09.2013

Der Beschluss des Universitätsrates über die Änderung der Plagiatsordnung wird einstimmig angenommen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

¹ Angenommen durch den Senatsbeschluss 69./2013 am 10.10.2103



Senatsbeschluss 61./2013 vom 19.09.2013

Der Beschluss des Universitätsrates über die Umbenennung der Plagiatsordnung in „Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ wird einstimmig angenommen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 62./2013 vom 19.09.2013

Der Beschluss des Universitätsrates über die Änderung der Satzung der Doktorschule wird einstimmig angenommen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 63./2013 vom 19.09.2013

Die Änderung des § 7 Absatz (3) der Satzung der AUB wird von den anwesenden Senatsmitgliedern einstimmig angenommen.

Dafür: 10

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 64./2013 vom 19.09.2013

Der Senat beschließt, dass der im WS 2013/14 von der Fakultät für Internationale Beziehungen vorgelegte Evaluierungsbericht als Standard für hinkünftige Evaluierungsberichte der Fakultäten und der Doktorschule zu gelten hat. Die schriftlichen Berichte sind hinkünftig dem Rektorat acht Tage vor den betreffenden Senatssitzungen (im September und im März) zugänglich zu machen. Das Rektorat versendet den Musterbericht an alle Fakultäten und die Doktorschule in elektronischer Form.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 65./2013 vom 19.09.2013

Der Senat nimmt die geänderte Kooperationsvereinbarung mit der Transparency International Hungary Stiftung einstimmig an.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Senatsbeschluss 66./2013 vom 19.09.2013

Die Erweiterung der Kooperation mit der HSBA wird vom Senat einstimmig angenommen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0



Senatsbeschluss 67./2013 vom 19.09.2013

Die Senatssitzung im Februar 2014 wird vom 13. Februar auf den 10. Februar (Montag) einstimmig verlegt.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

2. Termine

- 21.11.2013: Gastvortrag von Herrn Dr. Werner Bruns



Termine und Arbeitsplan des Senats für das akademische Jahr 2013-2014²

Wintersemester 2013

| Senat | | | Rechtsstelle | Universitätsrat | | Rechtsstelle |
|-------|-----|---|-------------------------------|-----------------|--|---------------------------------------|
| Sept. | 19. | • Berichte aus den Fakultäten über die Lehrevaluationsergebnisse des Sommersemesters 2013 | §7 QSO | - | - | |
| | | • Bericht und Annahme des Haushaltsplans 2014 | § 9a (2) lit. ba. der Satzung | | | |
| Okt. | 10. | | | 30. | <ul style="list-style-type: none"> Beschluss über den nächsten Jahresvoranschlag und 2-jährige Budgetvorschau Beschluss der Zielvereinbarung mit dem Rektor für das nächste Jahr | §3 (1) der GO für den Universitätsrat |
| Nov. | 14. | • Bericht des Rektors aus dem Universitätsrat | Senatsbeschluss Nr. 76./2012 | - | - | |
| | | • Bericht des Kanzlers über die Evaluationsergebnisse der Dienstleistungsqualität der Universität | §12 QSO | | | |
| | | • Bericht des Kanzlers über die Evaluationsergebnisse der Sprachkurse | § 7 (2) QSO | | | |
| | | • Bericht über die Absolventenanalyse | § 5 QSO | | | |

² Angenommen: Senatsbeschluss 51./2013 vom 16.05.2013, ergänzt am 13.06.2013 durch den Sitzungstermin des Universitätsrates im Februar und Juni 2014; Termin der Senatssitzung im Februar 2014 geändert durch den Senatsbeschluss 67./2013 am 19.09.2013.



| | | | | | | |
|-------------|------------|--|--|---|---|--|
| | | <ul style="list-style-type: none"> Bericht der Dekane über die Evaluationsergebnisse der Abschlussprüfungen Vorstellung der Interventionsmatrixe | §8 QSO § 13-14 QSO | | | |
| Dez. | 12. | <ul style="list-style-type: none"> Eckdaten für das akademische Jahr 2014-2015 Berichte aus den Fakultäten über die Studienpläne für SS 2014 Qualitätsentwicklungsplan für 2014 | § 16 (5) lit. b Satzung §9a (2) lit. da Satzung | - | - | |

Sommersemester 2014

| Senat | | | | Rechtsstelle | Universitätsrat | | Rechtsstelle |
|--------------|------------|---|---|---------------------|---|--|---|
| Febr. | 10. | <ul style="list-style-type: none"> Annahme des Jahresberichtes 2013 samt Rechnungsabschluss 2013 (inhaltlicher Jahresbericht, Jahresbudget 2013, Gemeinnützigkeitsbericht 2013) Berichte aus den Fakultäten über die Lehrevaluationsergebnisse des Wintersemesters 2013 | § 9a (2) lit. f. der Satzung und § 9a (2) lit. bc. der Satzung §7 QSO | 27. | <ul style="list-style-type: none"> Rechnungsabschluss über das Vorjahr Gemeinnützigkeitsbericht über das Vorjahr Genehmigung des Jahresberichtes Entlastung des Rektors | | §3 (1) der GO für den Universitätsra t |
| März | 13. | <ul style="list-style-type: none"> Bericht des Rektors aus dem Universitätsrat Bericht der Dekane über die Selbstevaluation der Lehrenden | Senats- beschluss Nr. 76./2012 § 4 QSO | - | - | | |
| April | 10. | | | - | - | | |



| | | | | | | |
|------|-----|---|-----------------------------|---------|---|--|
| Mai | 15. | • Berichte aus den Fakultäten über die Studienpläne für WS 2014 | § 16 (5) lit. b der Satzung | - | - | |
| | | • Termine und Arbeitsplan des Senats für das akademische Jahr 2014/2015 | § 2 (4) GO Senat | | | |
| Juni | - | | | 12./19. | | |



3. Sonstige Bekanntmachungen

Der LL.M. Studiengang wurde durch die ungarische Akkreditierungskommission (MAB) als second master akkreditiert.



4. Anhang

Anhang 1 – Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis

Anhang 2 – Satzung der Doktorschule

Anhang 3 – MAB-Beschluss



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

Ordnung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis ¹

¹ Angenommen durch den Senatsbeschluss Nr. 70./2010 (vom 11.11.2010). Geändert durch den Senatsbeschluss Nr. 28./2013 vom 21.03.2013. Geändert durch den Senatsbeschluss Nr. 35./2013 vom 18.04.2013.

1. Zweck

Plagiate verstoßen gegen die grundlegenden Regeln wissenschaftlichen Arbeitens und sind unzulässig. Die Andrásy Universität Budapest trifft sowohl Maßnahmen zur Prävention als auch zur Durchsetzung des Plagiatsverbots.

2. Definition

Wissenschaftliches Arbeiten erfordert die Auseinandersetzung mit fremden Ideen. Es ist ein Gebot der wissenschaftlichen Redlichkeit, diese Einflüsse auf die eigene Arbeit transparent und explizit kenntlich zu machen. Diese Pflicht entfällt nur für so genanntes „Handbuchwissen“, d.h. Grundlagenwissen, dessen Kenntnis im jeweiligen Wissenschaftszweig vorausgesetzt werden kann.

Plagiate sind gänzliche oder teilweise Übernahmen von fremden Werken, ohne die Angabe der Quelle und des Urhebers oder der Urheberin. Folgende Handlungen stellen ein Plagiat dar:

- 1) Einreichung einer fremden oder von Teilen einer fremden Arbeit unter eigenem Namen.
- 2) Mehrmalige Einreichung einer eigenen Arbeit oder von Teilen derselben Arbeit in verschiedenen Prüfungen oder Seminaren.
- 3) Übersetzung von fremdsprachigen Texten oder Textteilen ohne Angabe von Quelle und Verfasser unter Erweckung des Eindrucks, es handle sich um eine eigenständige Leistung.
- 4) Übernahme von fremden Textteilen, ohne Quelle und Verfasser durch Zitierung („...“) kenntlich zu machen. Dazu gehört namentlich auch die Verwendung von Texten oder Textteilen aus dem Internet ohne datierte Internetadresse sowie ohne Angabe von Quelle und Verfasser.
- 5) Übernahme von fremden Textteilen, welche durch leichte Textanpassungen und Umstellungen verändert werden (Paraphrasierung), ohne Kenntlichmachung von Quelle und Verfasser.
- 6) Übernahme und allenfalls Paraphrasierung von fremden Textteilen, die zwar im Literaturverzeichnis aufgeführt werden, aber nicht im Text selbst als Zitat oder Paraphrase gekennzeichnet sind.

3. Prävention

Bei der Einschreibung verpflichten sich die Studierenden in einer verbindlichen Erklärung (vgl. Anhang 1), während des Studiums ausschließlich eigenständig verfasste Texte einzureichen und die Regelungen in Bezug auf Plagiate zu beachten.

Die Dozierenden weisen im Unterricht auf die Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens hin. Die Maßnahmen gegen Plagiate werden seitens der Universität klar kommuniziert.

Die Studentenschaft unterstützt die Maßnahmen gegen Plagiate.

Seminar-, Master- und Doktorarbeiten enthalten eine Erklärung, in der der Verfasser oder die Verfasserin erklärt, die Arbeit eigenständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt zu haben (vgl. Anhang 2).

4. Maßnahmen

Plagiate werden dem zuständigen Dekan oder der zuständigen Dekanin gemeldet.

Plagiate sind ein Verstoß gegen das Urheberrecht und gelten als schuldhafte und schwerwiegende Pflichtverletzungen gemäß § 55 des ungarischen Hochschulgesetzes Nr. CCIV/2011 (s. Anhang 3), für welche die Studierenden disziplinarisch verantwortlich sind. Die Einzelheiten werden in § 7 Absatz 9 der Studien- und Prüfungsordnung geregelt.

5. Inkrafttreten

Dieses Merkblatt wurde vom Senat der Andrassy Universität Budapest am 11. November 2010 verabschiedet. Es tritt mit seiner Verabschiedung in Kraft.

Anhang 1

Hiermit versichere ich durch meine eigene Unterschrift, dass ich die Regelungen der Andrassy Universität Budapest in Bezug auf Plagiate kenne, meine wissenschaftlichen Arbeiten an der Andrassy Universität Budapest selbständig und ohne fremde Hilfe anfertigen werde, dieselbe Arbeit nicht an mehreren Veranstaltungen wiederverwenden werde und alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, als solche kenntlich machen werde. Die Versicherung bezieht sich auch auf Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen, Statistiken und dergleichen.

Anhang 2

Hiermit versichere ich durch meine eigene Unterschrift, dass ich die vorstehende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe, diese früher weder als ganzes noch in Teilen an einer anderen Prüfungsstelle eingereicht habe und alle Textstellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus fremden Veröffentlichungen entnommen sind, als solche kenntlich gemacht habe. Die Versicherung bezieht sich auch auf in der Arbeit verwendete Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen, Statistiken und dergleichen.

Anhang 3

§ 55 des ungarischen Hochschulgesetzes Nr. CCIV/2011

„§ 55 (1) Bei schuldhaften und groben Verletzungen ihrer Verpflichtungen kann den Studenten aufgrund eines Disziplinarverfahrens durch schriftlichen Beschluss eine Disziplinarstrafe erteilt werden.

(2) Die Disziplinarstrafe kann in einer

- a) Verwarnung,
 - b) strengen Verwarnung
 - c) Minderung bzw. Entziehung – für einen Zeitraum von max. 6 Monaten – der in der Kostenerstattungsordnung bestimmten Ermäßigungen und Zuwendungen,
 - d) Untersagung der Teilnahme an der Ausbildung für einen Zeitraum von max. 2 Semestern,
 - e) Ausschluss aus der Hochschulinstitution
- bestehen.

(3) Bei der Bestimmung der Disziplinarstrafe sind alle Umstände zu berücksichtigen, so insb. der Kreis der Geschädigten, die Folgen, die Wiederholung des rechtswidrigen Verhaltens, die Schwere der Tat. Als Disziplinarstrafe gem. Abs. (2) lit. c kann keine soziale Unterstützung entzogen werden. Die Verhängung der Disziplinarstrafe gem. Abs. (2) lit. d-e impliziert den vorübergehenden bzw. endgültigen Entzug der mit dem studentischen Rechtsverhältnis zusammenhängenden

Ermäßigungen und Zuwendungen. Während der Dauer der Disziplinarstrafe gem. Abs. (2) lit. d ruht das studentische Rechtsverhältnis. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens bzw. die Verhängung der Disziplinarstrafe werden von der studienbezogenen Leistung des Studenten nicht beeinflusst.

(4) Ein Disziplinarverfahren kann nicht eingeleitet werden, wenn seit der Kenntniserlangung vom Disziplinarvergehen ein Monat bzw. seit dem Begehen des Disziplinarvergehens 5 Monate verstrichen sind. Bei der Anwendung dieser Vorschrift gilt als Kenntniserlangung der Tag, an dem der zur Einleitung des Disziplinarverfahrens Berechtigte von dem Disziplinarvergehen Kenntnis erlangt hat.

(5) Min. ein Drittel der Mitglieder der Disziplinarkommission ist von der HÖK (Studierendenschaft) zu delegieren, der betroffene Student ist im Rahmen des Verfahrens zu hören, aber die Disziplinarverhandlung ist auch dann abzuhalten, wenn der Student – trotz ordnungsgemäßer Einladung – nicht erschienen ist.“

Erklärung

Name/Matrikelnummer: _____

Hiermit versichere ich durch meine eigene Unterschrift, dass ich die Regelungen der Andrassy Universität Budapest in Bezug auf Plagiate kenne, meine wissenschaftlichen Arbeiten an der Andrassy Universität Budapest selbständig und ohne fremde Hilfe anfertigen werde, dieselbe Arbeit nicht an mehreren Veranstaltungen wiederverwenden werde und alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, als solche kenntlich machen werde. Die Versicherung bezieht sich auch auf Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen, Statistiken und dergleichen.

Datum: _____ Unterschrift: _____



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

**ORDNUNG DES DOKTORSTUDIUMS
DER ANDRÁSSY GYULA
DEUTSCHSPRACHIGEN UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

(BEILAGE ZUR UNIVERSITÄTSSATZUNG)¹

¹ Angenommen durch die Entscheidungen des Senats Nr. 25./2012 (vom 17.05.2012) und Nr. 44./2012 (vom 20.09.2012), genehmigt durch den Beschluss des Universitätsrates Nr. UR 07/09 (vom 11.10.2012), den Beschluss des Kuratoriums Nr. 8/2012.10.11, den Beschluss des Senats Nr. 61./2012 (vom 18.10.2012) und den Beschluss des Senats Nr. 41./2013 (vom 16.05.2013).

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Präambel..... | 3 |
| I. Allgemeine Verordnungen | 3 |
| II. Organisatorischer Rahmen des Doktorstudiums | 4 |
| Die Doktorschule..... | 4 |
| Die Leiterin/der Leiter der Doktorschule | 4 |
| Die Fachausschüsse der Wissenschaftsdisziplinen | 5 |
| Der Doktorenrat der Universität..... | 6 |
| Der Beirat..... | 7 |
| III. Formen des Doktorstudiums | 8 |
| Das Präsenzstudium..... | 8 |
| Individuelle Vorbereitung im Rahmen des Präsenzstudiums..... | 8 |
| Doktorats- und Graduiertenkollegs..... | 8 |
| Joint-Programms | 8 |
| Eigenständige Vorbereitung | 9 |
| Gaststudierende..... | 9 |
| IV Aufnahme in die Doktorschule..... | 10 |
| V. Ordnung des Doktorstudiums..... | 11 |
| VI. Rechte und Pflichten der Doktoranden..... | 12 |
| Rechtsstellung..... | 12 |
| Unterstützungen für die Doktoranden | 13 |
| a) Stipendien des ungarischen Staates..... | 13 |
| b) Sonstige Stipendien | 13 |
| Von den Doktorandinnen und Doktoranden zu bezahlenden Gebühren und Kostenerstattungen | 13 |
| Verwaltungsgebühr..... | 13 |
| Studiengebühr | 14 |
| sonstige Gebühren | 14 |
| VII. Erwerb des Doktorgrades | 14 |
| Voraussetzungen | 14 |
| Rigorosum..... | 15 |
| Die Dissertation..... | 16 |
| Der Promotionsausschuss und das Promotionsverfahren | 16 |
| Disputation | 18 |
| Die Verleihung des Dokortitels | 18 |
| Allgemeines | 18 |
| Die Doktorurkunde..... | 19 |
| Die Promotion | 19 |
| Promotion mit Auszeichnung..... | 19 |
| Dokumentation und Archivierung der Unterlagen | 20 |
| Der Ehrentitel „doctor honoris causa“ (Dr.h.c.) | 20 |
| Nostrifikation eines im Ausland erworbenen akademischen Grades | 20 |
| VIII. Abschluss- und Übergangsregelungen, sowie Regelungen des Inkrafttretens | 21 |

Präambel

Zur Wahrung ihrer wissenschaftlichen Position in einem vereinten Europa ist die Andrassy-Universität Budapest als ungarische und internationale Universität bestrebt, sich bei dem von ihr vergebenen Doktorgrad an höchsten europäischen Standards zu orientieren, so namentlich hinsichtlich der Position der Betreuerin/des Betreuers im Promotionsverfahren, der Form der Entscheidungsfindung, der Wertigkeit der Dissertation für die Promotion und der Veröffentlichung der Dissertation.

Die Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität (fortan: AUB) verabschiedet über das Doktorstudium und den Erwerb des Doktorgrades, gemäß dem Hochschulgesetz (fortan: HochschulG) und entsprechender Regierungsverordnungen über das Promotionsverfahren folgende Ordnung:

I. Allgemeine Verordnungen

§1

Ziel dieser Ordnung ist die Festlegung eines eindeutigen Systems von Anforderungen an die Doktorausbildung der AUB, die den Vorschriften des HochschulG über den Doktorgrad (Ph.D.) entspricht und ein hohes professionelles Niveau des erworbenen Doktorgrades gewährleistet.

§2

- (1) Die AUB bietet als höchste Bildungsstufe – im Rahmen der von der Ungarischen Akkreditierungskommission zugelassenen Doktorschule mit dem Forschungsgebiet „Die Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union“ – ein Doktorstudium an und erteilt einen wissenschaftlichen Doktorgrad. Der Doktorgrad beweist Kenntnisse des Wissenschaftszweigs auf hohem Niveau sowie die Fähigkeit, den Wissenschaftszweig mit neuen Ergebnissen zu bereichern und selbständig wissenschaftlich zu arbeiten.
- (2) Ein Doktorstudium an der Doktorschule mit dem Forschungsgebiet „Die Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union“ kann sich auf die folgenden Wissenschaftszweige erstrecken: Staats- und Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft.
- (3) Die Vorbereitung auf den Erwerb des Doktorgrades kann im Rahmen eines Präsenzstudiums oder eigenständig erfolgen.
- (4) Sprache des Promotionsverfahrens ist Deutsch.

II. Organisatorischer Rahmen des Doktorstudiums

Die Doktorschule

§3

Mit der Akkreditierung der Doktorschule in einem Wissenschaftszweig erwirbt die Universität das Recht zur Abwicklung eines Habilitationsverfahrens und zur Erteilung des Grades „Dr. habilitatus“.

§4

Organe der Doktorschule sind: Die Leiterin/der Leiter, die/der stellvertretende Leiterin/Leiter, die Fachausschüsse der Wissenschaftsdisziplinen, der Doktorenrat der Universität, der Beirat und die Stammmitglieder der Doktorschule.

Die Leiterin/der Leiter der Doktorschule

§5

- (1) Die Doktorschule wird von der Leiterin/vom Leiter der Doktorschule allgemein vertreten. Die Leiterin/Der Leiter der Doktorschule wird vom Doktorenrates der Universität gewählt und vom Rektor im Rahmen einer Senatssitzung ernannt. Die Amtszeit beträgt 3 Jahre, die mehrmalige Wiederbestellung ist zulässig. Er/Sie muss hauptamtlich an der Universität tätig, Stammmitglied der Doktorschule und Vertreter ihres/seines Wissenschaftszweiges im Doktorenrat der Universität sein, und darf keine Leitungsfunktion (Rektor, Prorektor, Dekan, Vertreter im Universitätsrat) innehaben.
- (2) In analogem Verfahren wird eine stellvertretende Leiterin/ein stellvertretender Leiter bestellt. Die stellvertretende Leiterin /der Stellvertretende Leiter muss hauptamtlich an der AUB tätig, Stammmitglied der Doktorschule und Vertreterin/Vertreter ihres/seines Wissenschaftszweiges im Doktorenrat der Universität sein.
- (3) Eine Abwahl ist nur in der Weise möglich, dass eine neue Leiterin/ein neuer Leiter der Doktorschule gewählt wird. Dies gilt auch für den Stellvertreter/die Stellvertreterin.
- (4) Zur Durchführung der administrativen und organisatorischen Aufgaben wird der Leiterin/dem Leiter der Doktorschule von der Universitätsverwaltung eine/ein ihr/ihm direkt unterstellte/unterstellter und weisungsgebundene/ weisungsgebundener Mitarbeiterin/ Mitarbeiter zur Seite gestellt (Kordinatorin/ Koordinator der Doktorschule).
- (5) Die Leiterin/der Leiter der Doktorschule sorgt für die Vollziehung der die Doktorschule betreffenden Beschlüsse des Senats und achtet in der Doktorschule auf die Einhaltung der Universitätsordnungen sowie der Ordnungen für die Doktorschule.
- (6) Die Leiterin/der Leiter der Doktorschule sorgt dafür, dass die an der Doktorschule tätigen Lehrkräfte ihre Lehr-, Prüfungs- und Betreuungsverpflichtungen erfüllen. Sein/Ihr diesbezügliches Weisungsrecht findet seine Grenzen in der Freiheit von Wissenschaft und Lehre (§ 1 (4) der Satzung der Universität). Gegenüber den mit

Angelegenheiten der Doktorschule betrauten Verwaltungsangestellten ist die Leiterin/der Leiter weisungsbefugt.

- (7) Die Leiterin/der Leiter der Doktorschule hat insbesondere folgende Aufgaben:
- a) Vertretung der Doktorschule nach außen
 - b) Vertretung der Doktorschule im Senat und allen anderen Gremien der Universität in welchen die Doktorschule eingebunden ist
 - c) Berichtspflicht an den Doktorenrat der Universität mindestens einmal pro Semester
 - d) Weiterleiten der Ergebnisse der Evaluationen an die Lehrenden und Führen von Gesprächen mit diesen
 - e) Entscheidung in allen Fragen, die nicht in die Kompetenz eines anderen Organs der Doktorschule fallen.
 - f) Einberufung der Sitzungen des Doktorenrats der Universität und Leitung derselben
 - g) Erarbeitung eines Vorschlages für den Doktorenrat der Universität über die Verwendung der der Doktorschule zugewiesenen Finanzmittel sowie eines zweijährigen Entwicklungsplan für die Doktorschule.

Die Fachausschüsse der Wissenschaftsdisziplinen

§ 6

Je drei Vertreterinnen/Vertreter der an der Doktorschule gelehrtten Wissenschaftszweige (Staats- und Rechtswissenschaften, Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften), wovon jeweils eine/ein Vertreterin/Vertreter nicht an der AUB tätig sein darf (externe/externer Vertreterin/Vertreter) bilden jeweils den Fachausschuss der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin. Die Wahl ist in der Geschäftsordnung des Doktorenrates der Universität geregelt.

§ 7

Die Fachausschüsse haben insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Empfehlungen in Anrechnungsangelegenheiten
- b) Unterstützung der Leiterin/des Leiter der Doktorschule bei der Vorbereitung von Rigorosen und Verteidigungen
- c) Nominierung von Fachvertretern für Kommissionen der Doktorschule
- d) Nominierung von Lehrkräften für das jeweilige Fachprogramm der Doktorschule
- e) Überprüfung der Voraussetzungen für Nostrifikationsverfahren gemäß HochschulG

Der Doktorenrat der Universität

§ 8

- (1) Der Doktorenrat der Universität besteht aus den Fachausschüssen der Wissenschaftsdisziplinen. Darüber hinaus gehört ihm die/der Prorektorin/Prorektor für Studienangelegenheiten als stimmberechtigtes Mitglied an, so diese/dieser nicht Mitglied eines Fachausschusses ist, sowie eine Studierendenvertreterin/ein Studierendenvertreter an.
- (2) Der Doktorenrat der Universität wird von der Leiterin/dem Leiter der Doktorschule einberufen und geleitet. Er ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder, sowie mindestens eine Vertreterin/ein Vertreter von drei der vier Fachausschüssen anwesend sind. Der Doktorenrat der Universität fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder.
- (3) Zu den Sitzungen des Doktorenrates der Universität sind zudem mit beratender Stimme einzuladen:
 - a) die Rektorin/der Rektor
 - b) die Dekaninnen und Dekane (so diese nicht Mitglieder des Doktorenrates der Universität im Sinne von (1) sind)
 - c) die Stammmitglieder der Doktorschule (so diese nicht Mitglieder des Doktorenrates der Universität im Sinne von (1) sind).
- (4) Für die Arbeitsweise des Doktorenrates der Universität gilt § 5 Abs. 8ff der Satzung der AUB sinngemäß. Beschlüsse, die explizit nur eine Fachrichtung betreffen, können in Abwesenheit aller Vertreterinnen/Vertreter des entsprechenden Fachausschusses nicht gefasst werden. Weitere Verfahrensregeln werden in der Geschäftsordnung der Doktorschule geregelt.
- (5) Über die Sitzungen des Doktorenrates der Universität ist ein Beschlussprotokoll anzufertigen, das nach seiner Genehmigung auf der folgenden Sitzung durch die Unterschriften der Sitzungsleiterin/des Sitzungsleiters sowie der Protokollführerin/des Protokollführers beglaubigt wird. So nicht anders verfügt, sind die Beschlüsse nach Genehmigung des Protokolls zu veröffentlichen.

§ 9

Die Aufgaben des Doktorenrates der Universität richten sich nach den einschlägigen Rechtsvorschriften und sind insbesondere:

- a) Stellungnahme in allgemeinen Fragen über die Tätigkeit der Doktorschule, bzw. Festlegung von Richtlinien für die Tätigkeit der Doktorschule;
- b) Begutachtung des zu akkreditierenden Materials zur Gründung der Doktorschule, bzw. der Modifizierungsvorschläge der schon akkreditierten Teildisziplinen;
- c) Entscheidung über die Zusammensetzung der Aufnahme-, Rigorosums- und Disputationskommissionen;

- d) Entscheidung über die Aufnahme von Studierenden in die Doktorschule und deren Studienform;
- e) Entscheidungen über die Einleitung des Verfahrens zur Erlangung des Doktorgrades, sowie die Verleihung des im ungarischen Hochschulgesetz geregelten Doktorgrades.
- f) Entscheidung über die Nostrifikation eines im Ausland erworbenen akademischen Grades;
- g) Erstellung eines Gutachtens für den Senat über jene Personen, die für die Verleihung des Titels Ehrendoktor (doctor honoris causa) vorgeschlagen werden;
- h) Vorschläge an den Senat über die Höhe der Studiengebühr der Doktorschule;
- i) Vorschläge für die Modifizierung der Ordnung des Doktorstudiums sowie der Geschäftsordnung des Doktorenrates der Universität und der Ausbildungspläne;
- j) Vergabe der staatlichen Stipendien sowie der staatlich subventionierten Studienplätze;
- k) Einleitung und Durchführung von Aberkennungsverfahren;
- l) Wahl der Leiterin / des Leiters, sowie stellvertretender Leiterin /Leiters der Doktorschule gemäß § 5 (1);
- m) Entscheidung über die Stammmitglieder der Doktorschule;
- n) Entscheidung über die ausgeschriebenen Dissertationsthemen und Betreuer;
- o) Entscheidung über die Curricula, einschließlich der Lehrkräfte;
- p) Evaluiert für den Senat regelmäßig das Doktorstudium und den Erwerb von Dokortiteln;
- q) Entscheidung über den Antrag des Doktoranden auf nicht öffentliche Verteidigung, wenn die Dissertation Angaben beinhaltet, die die Staatssicherheit betreffen;
- r) Entscheidung in Anrechnungsangelegenheiten.

Der Beirat

§ 10

Der Beirat besteht aus der Leiterin/dem Leiter der Doktorschule, seinem/ihrem Stellvertreter/Stellvertreterin sowie der Prorektorin/dem Prorektor für Studienangelegenheiten. Er unterstützt die Leiterin/den Leiter der Doktorschule in ihrer/seiner Tätigkeit. Seine Aufgaben richten sich nach den einschlägigen Rechtsvorschriften und sind insbesondere:

- a) Vorschläge für die Zusammensetzung von Kommissionen,
 - b) Vorschläge für die Themenausschreibungen
 - c) Genehmigung individueller Studienpläne,
- jeweils unter Hinzuziehung des zuständigen Fachausschusses.

III. Formen des Doktorstudiums

Das Präsenzstudium

§ 11

- (1) Das von der Universität organisierte Präsenzstudium fördert den Erwerb der für selbständiges wissenschaftliches Arbeiten erforderlichen Kenntnisse und der wissenschaftlichen Forschungspraxis.
- (2) Im Rahmen des Präsenzstudiums nehmen die Studierenden an den von der Doktorschool angebotenen Lehrveranstaltungen, wenn nötig, an Fremdsprachenkursen teil und führen selbständige Forschungstätigkeit aus.

Individuelle Vorbereitung im Rahmen des Präsenzstudiums

§ 12

Im Rahmen des Präsenzstudiums kann der Doktorenrat für Studierende, die Mitglieder eines an der Universität beheimateten Doktorats- oder Graduiertenkollegs sind oder an einem Joint Programm teilnehmen, einen individuellen Studienplan genehmigen.

Doktorats- und Graduiertenkollegs

§ 13

Die Mitglieder der vom Doktorenrat der Universität als solche anerkannten Doktorats- und Graduiertenkollegs bereiten sich in einer für das Erreichen des gemeinsamen wissenschaftlichen Ziels dienlichen Form auf den Erwerb des Doktorgrades vor. Die Aufnahmevoraussetzungen sowie die Eckpunkte der Ausbildung werden von der wissenschaftlichen Leitung der einzelnen Doktorats- und Graduiertenkollegs mit dem Beirat vereinbart, dem Doktorenrat der Universität zur Genehmigung vorgelegt und als Beilage der Geschäftsordnung hinzugefügt.

Joint-Programms

§ 14

Der Doktorenrat kann Joint-Programms genehmigen, die im Rahmen europäischer Austauschprogramme (Erasmus, CEEPUS etc.) sowie auch als gemeinsame Programme mit Partneruniversitäten durchgeführt werden. Die Regelung der Aufnahmevoraussetzungen sowie der Eckpunkte der Ausbildung erfolgt analog zu § 13.

Eigenständige Vorbereitung

§ 15

- (1) Ziel der eigenständigen Vorbereitung ist es, sowohl jenen Fachleuten, die bereits über eine bedeutende Unterrichts- und/oder Forschungspraxis sowie über dokumentierte wissenschaftliche Leistungen (z.B. eine ausreichende Anzahl von Publikationen von hohem Niveau) verfügen, eine damit verbundene Möglichkeit zum Erwerb des Doktorgrades zu eröffnen.
- (2) Die Arbeit der sich eigenständig Vorbereitenden wird von ihrem Themenbetreuer, geleitet, der die Vorbereitung der Kandidatin/des Kandidaten verfolgt und unterstützt.
- (3) Die sich eigenständig Vorbereitenden sind von den regulären Studienverpflichtungen befreit, müssen jedoch alle Anforderungen zum Erwerb des Dokortitels (Ph.D.) erfüllen. Dazu zählen:
 - a) mindestens 5 Jahre Unterrichts- und Forschungstätigkeit,
 - b) bestätigte Anfangsergebnisse in wissenschaftlicher Forschung wie Publikationen sowie Vorträgen bei wissenschaftlichen Konferenzen. Der Umfang dieser Leistungen muss zumindest 180 ECTS an Transferleistungen umfassen.
- (4) Die Ablegung eines Rigorosums ist obligatorisch.
- (5) Die sich eigenständig Vorbereitenden können kein Stipendium des ungarischen Staates bekommen.
- (6) Die sich eigenständig Vorbereitenden können an den Lehrveranstaltungen des Präsenzstudiums teilnehmen.
- (7) Die selbständige Vorbereitung dauert mindestens ein Jahr, maximal fünf Jahre.
- (8) Spätestens ein Jahr nach der Aufnahme überprüft eine vom Beirat eingesetzte Fachkommission den Fortschritt des/der sich eigenständig Vorbereitenden und unterbreitet dem Doktorenrat der Universität einen Vorschlag über Fortsetzung oder Einstellung des Verfahrens.

Gaststudierende

§ 16

- (1) Doktorandinnen und Doktoranden, die im Rahmen eines Forschungs- oder Studienaufenthalts nach Budapest kommen, ihr Doktoratsstudium aber an einer anderen Universität betreiben und nicht an einem Joint-Programm teilnehmen, können auf Antrag für ein oder mehrere Semester die Doktorschule der AUB besuchen. Dem Antrag ist eine befürwortende Stellungnahme des betreuenden Hochschullehrers beizufügen.
- (2) Auf diesem Wege zugelassene Gaststudierende haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie jene Studierenden, die eine Promotion an der AUB anstreben.

- (3) Am Ende ihres Studienaufenthaltes erhalten Gaststudierende ein vom Rektor der Universität und vom Leiter der Doktorschule unterzeichnetes Zeugnis, das einen Transcript of Records der an der AUB erbrachten Leistungen zu enthalten hat.

IV Aufnahme in die Doktorschule

§ 17

- (1) Die Aufnahme als Studierender in die Doktorschule erfolgt durch den Doktorenrat der Universität auf Vorschlag einer vom Doktorenrat gebildeten Auswahlkommission. Die Bewerbungs- und Zulassungsvoraussetzungen, sowie der Abgabetermin der für die Bewerbung nötigen Dokumente werden vom Beirat festgesetzt und vom Studienreferat der Universität zumindest auf der Homepage der Universität bekannt gegeben.
- (2) Für die Aufnahme in die Doktorschule können sich Personen bewerben, die (a) über einen Bachelor- und Masterabschluss, ein Universitätsdiplom oder über ein damit äquivalentes Diplom im Umfang von mindestens 240 ECTS verfügen, und (b) deren Sprachkenntnisse sie befähigen, im gewählten Thema zu forschen
- (3) Die Anerkennung von Hochschuldiplomen, die in anderen Mitgliedstaaten der EU erworben wurden, richtet sich nach den einschlägigen EU-Regelungen und den Umsetzungs-Vorschriften des ungarischen Rechts. Die Anerkennung von Hochschuldiplomen, die außerhalb der EU erworben worden sind, richtet sich nach zwischenstaatlichen Abkommen. Ohne ein solches Abkommen kann eine Kandidatin/ ein Kandidat nur zugelassen werden, wenn sie/er in ihrem/seinem Heimatstaat berechtigt wäre, sich für eine der Ungarischen äquivalente Doktorausbildung zu bewerben. Im Streitfall ist die Stellungnahme des Bildungsministeriums maßgebend.
- (4) Voraussetzung für die Einladung zum Aufnahmegespräch ist ein von der Aufnahmebewerberin/ vom Aufnahmebewerber zu stellender Antrag. Diesem sind beizufügen:
- a) das Formblatt zur Aufnahme in die Doktorschule, das in jedem Fall zumindest die persönlichen Daten der Bewerberin/des Bewerbers, das geplante Thema, eine Erklärung darüber, ob die Kandidatin/der Kandidat sich um ein staatliches Stipendium bewirbt, bzw. ob sie/er auch für den Fall um Zulassung bittet, dass ihr/ihm kein staatliches Stipendium zugeteilt wird, sowie die geplante Studienform enthalten muss,
 - b) eine beglaubigte Kopie der als Voraussetzung für die Zulassung zum Doktoratsstudium geltenden Urkunde über einen Studienabschluss oder Vorlage des Originals beim Aufnahmegespräch sowie den Transcript of Records dieses Studiums (sofern vorhanden),
 - c) ein fachlicher Lebenslauf, der eine kurze Beschreibung der fachlichen Interessen der Bewerberin/des Bewerbers beinhaltet,
 - d) Nachweis der Sprachkenntnisse: Die Doktorkandidatin/Der Doktorkandidat muss mindestens eine staatlich anerkannte komplexe Sprachprüfung vom Typ B2 – oder

ein diesem Sprachniveau äquivalentes Zeugnis – vorlegen. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

- e) die Annahmeerklärung der Fachbetreuerin/des Fachbetreuers für das Themengebiet der gewählten Dissertation,
 - f) ein Exposé über die geplante Dissertation, im Umfang von zumindest 10.000 Zeichen
 - g) eine Publikationsliste (kann bei Bewerberinnen und Bewerbern für das Präsenzstudium unterbleiben).
- (5) Die Bewerberin/ der Bewerber muss innerhalb von acht Tagen nach der Entscheidung über das Ergebnis elektronisch benachrichtigt werden. Im Beschluss über die Aufnahme müssen die Voraussetzungen zur Immatrikulation (zu bezahlende Gebühren, Kostenerstattungen, Unterstützungen, Begünstigungen usw.), sowie ein Hinweis über die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel enthalten sein.
 - (6) Die Entscheidung über die Aufnahme ist zu veröffentlichen.
 - (7) Gegen eine abweisende Entscheidung kann man entsprechend der Ordnung des Rechtsbehelfsverfahrens für Studierende ein Rechtsmittel ergreifen.
 - (8) Nach zwei erfolglosen Aufnahmeverfahren ist die Bewerberin/der Bewerber von den weiteren Versuchen ausgeschlossen.

V. Ordnung des Doktorstudiums

§18

- (1) Die Studienzeit des Präsenzstudiums und der Förderungszeitraum des Stipendiums des Ungarischen Staates betragen sechs Semester. Im Rahmen des regulären Doktorstudiums müssen mindestens 180 ECTS erworben werden. Die Geschäftsordnung regelt die dazu notwendigen Semesterleistungen.
- (2) Der Beirat kann eine Unterbrechung der sechssemestrigen Studienzeit grundsätzlich höchstens dreimal für insgesamt sechs Semester genehmigen, wobei eine derartige Unterbrechung maximal zwei Semester dauern darf. Während dieser Zeit kann der/dem Studierenden kein Stipendium ausgezahlt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann der Doktorenrat auch eine darüber hinausgehende Unterbrechung genehmigen.
- (3) Das Rechtsverhältnis zwischen Doktoranden und Universität wird spätestens nach Ablauf des 72. Monats, der auf die Aufnahme folgt unter Streichung aus der Namensliste der Studierenden aufgehoben. Der Doktorenrat kann in begründeten Ausnahmefällen verfügen, dass Unterbrechungen nicht auf die Gesamtstudienzeit angerechnet werden.
- (4) Die an einer Partneruniversität verbrachte Studien- und Forschungszeit wird auf das Doktorstudium angerechnet, das Studentenverhältnis wird nicht aufgehoben. Das

staatliche Stipendium muss auch während eines genehmigten Teilstudiums im Ausland bezahlt werden.

§ 19

- (1) Die Doktorandin/der Doktorand entwickelt mit ihrer/seiner Betreuerin/ihrem/seinem Betreuer einen Arbeitsplan. Dabei sind die dem jeweiligen akkreditierten Studienplan entsprechenden von der Doktorschule angebotenen Wahl- und Pflichtlehrveranstaltungen zu berücksichtigen.
- (2) Die Erfüllung der Studien- (Unterrichts- und Forschungs-) Verpflichtungen werden durch ECTS-Punkte gemessen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung der Doktorschule.
- (3) Über die Anerkennung von Kreditpunkten aus Lehrveranstaltungen oder einer entsprechenden Leistung, die die Doktorandin/der Doktorand an einer anderen Universität oder Forschungseinrichtung geleistet hat, entscheidet der Doktorenrat auf der Grundlage der Empfehlungen der Fachausschüsse .
- (4) Die Studierenden, die alle für das Doktorstudium vorgeschriebenen Prüfungs- und sonstigen Verpflichtungen erfüllt haben, erhalten ein Schlusszeugnis. Studierende, die ihr Präsenzstudium ohne Ph.D. beenden, erhalten vom Studienreferat eine schriftliche Bestätigung inklusive Transcript of Records. Etwaige dafür zu leistende Gebühren, regelt die Gebührenordnung
- (5) Der Doktorenrat kann auf Vorschlag des Beirates einer Studierenden/einem Studierenden, die/der ihren/seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, das Studentenverhältnis entziehen. Der Fachausschuss ist zu hören. Das genauere Procedere regelt die Geschäftsordnung. Die gesetzlichen Exmatrikulationsfälle bleiben unberührt.

VI. Rechte und Pflichten der Doktoranden

Rechtsstellung

§ 20

- (1) Das Studentenrechtsverhältnis zwischen Doktorandin/Doktorand und Universität wird durch die Immatrikulation begründet. Doktorandinnen und Doktoranden erhalten einen Studentenausweis. Die Doktorandin/Der Doktorand, die/der an der organisierten Bildung teilnimmt, steht nach der Einschreibung, während der Ausbildung im Studentenrechtsverhältnis mit der Universität. Das Studentenrechtsverhältnis wird jedes Semester durch Inskription aktiviert. Dies kann auf Antrag vom Studienreferat bescheinigt werden. Ferner gilt die Inskription als Voraussetzung für einen gültigen Studentenausweis.
- (2) Für die Doktorandinnen/Doktoranden gelten – so nicht anders verfügt – alle Ordnungen der Universität.

Mit dem Absolutorium endet das studentische Rechtsverhältnis.

Unterstützungen für die Doktoranden

a) Stipendien des ungarischen Staates

§ 21

- (1) Ein Stipendium des ungarischen Staates kann fortlaufend oder mit Unterbrechungen insgesamt 36 Monate lang einer Doktorandin oder einem Doktoranden, die im Rahmen des Präsenzstudiums ihrer Ausbildung nachgehen, zuerkannt werden. Über die Zuerkennung entscheidet der Doktorenrat der Universität auf Antrag der Leiterin/des Leiters der Doktorschule.
- (2) Empfängerinnen und Empfänger eines Stipendiums des ungarischen Staates dürfen daneben keiner auf Erwerbstätigkeit ausgerichteten Vollzeitbeschäftigung nachgehen und kein zusätzliches Stipendium beziehen. Weitere Bestimmungen werden in der Stipendienordnung der Doktorschule geregelt.

b) Sonstige Stipendien

§ 22

Die Universität ist bemüht zusätzliche Drittmittel für Stipendien einzuwerben. Höhe, Vergabep Praxis und sonstige Bestimmungen über die Vergabe dieser Stipendien können von jenen der Stipendien des ungarischen Staates abweichen. Diesbezügliche Regelungen oder Vereinbarungen mit externen Stipendiengebern sind in der Stipendienordnung der Doktorschule geregelt.

Von den Doktorandinnen und Doktoranden zu bezahlenden Gebühren und Kostenerstattungen

Verwaltungsgebühr

§ 23

- (1) Alle Studierende, die an der AUB immatrikuliert sind – mit Ausnahme der Bezieherinnen und Bezieher eines staatlichen Stipendiums –, entrichten zur pauschalen Abgeltung der von der Universitätsverwaltung erbrachten Verwaltungsleistungen eine von der Studienkommission festgelegte Verwaltungsgebühr. Dies gilt nicht für ein Studium im Rahmen internationaler Austauschprogramme, in denen die Erhebung derartiger Gebühren unzulässig ist.
- (2) In den Studiengebühren ist die Verwaltungsgebühr bereits enthalten.
- (3) Die Verwaltungsgebühr ist jeweils zum 30.9. und zum 1.3. zu bezahlen. Bei nichtfristgemäßer Entrichtung der Verwaltungsgebühr ist die Studentin/der Student unter Fristsetzung und Hinweis auf die drohenden Rechtsfolgen zur Zahlung aufzufordern. Verstreicht auch die zweite Nachfrist erfolglos, wird das Studienverhältnis auf dem Wege der Zwangsexmatrikulation aufgelöst.

Studiengebühr

§ 24

- (4) Die Studiengebühr wird vom Doktorenrat der Universität auf Vorschlag der Leiterin/des Leiters der Doktorschule festgelegt. Die Zahlungsmodalitäten entsprechen analog jenen der Studierenden in den Masterstudiengängen.
- (5) Der Doktorenrat der Universität kann auf Antrag Doktorandinnen und Doktoranden von der Verpflichtung zur Leistung von Studiengebühren befreien.
- (6) Empfängerinnen und Empfänger eines Stipendiums des ungarischen Staates sind gemäß der Bestimmungen des ungarischen Hochschulgesetzes von den Studiengebühren zu befreien.

Sonstige Gebühren

§ 25

- (1) So nichts anders von Seite des Doktorenrates der Universität verfügt wird, gilt die allgemeine Gebührenordnung der Universität.
- (2) Der Doktorenrat der Universität kann entsprechend der jeweils gültigen Vorgaben des Gesetzes über das ungarische Hochschulwesen weitere Gebühren festsetzen. Ein entsprechender Vorschlag über diese Gebühren und ihre Einhebung ist ihm von der Leiterin/dem Leiter der Doktorschule vorzulegen und nach Annahme dem Senat der Universität zur Kenntnis zu bringen. Die jeweils gültige Fassung dieser Gebührenordnung ist als Anhang der Ordnung des Doktorstudiums hinzuzufügen.

VII. Erwerb des Doktorgrades

Voraussetzungen

§ 26

- (1) Das Promotionsverfahren setzt zwar grundsätzlich das absolvierte Doktoratsstudium voraus, ist aber rechtlich und auch hinsichtlich des Verfahrens davon unabhängig.
- (2) Personen, die zu einer Antragstellerin/einem Antragsteller in einem verwandtschaftlichen Verhältnis stehen oder aus anderen Gründen als befangen angesehen werden können, dürfen weder an den Entscheidungen des Erwerbs des Doktorengrades noch an einem anderen für die Antragstellerin/den Antragsteller persönlich relevanten Gremium (z.B. Aufnahmekommission) beteiligt sein.
- (3) Die Betreuerin/der Betreuer der Doktorandin/des Doktoranden darf im Promotionsfahren nicht Mitglied eines Ausschusses sein.

- (4) Das Promotionsverfahren wird durch die Stellung eines Promotionsantrages an den Doktorenrat der Universität eröffnet.
- (5) Gleichzeitig mit der Anmeldung zum Promotionsverfahren erfolgt die Einreichung der Dissertation. Die Einreichung kann auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, jedoch maximal zwei Jahre nach Beginn des Verfahrens.
- (6) Der Antrag ist zurückzuweisen wenn (a) die Doktorandin/der Doktorand zur gleichen Zeit ein laufendes Promotionsverfahren in einem vergleichbaren Wissenschaftszweig an einer anderen Universität hat oder (b) ein Promotionsverfahren in einem vergleichbaren Wissenschaftszweig an einer anderen Universität innerhalb der vergangenen zwei Jahre zurückgewiesen wurde oder gescheitert ist.
- (7) Voraussetzungen für die Zulassung zum Promotionsverfahren sind:
 - a) Die Absolvierung aller vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen und das Erwerben von insgesamt 180 ECTS.
 - b) Nachweis der in der Geschäftsordnung geforderten Sprachkenntnisse (mindestens zwei Fremdsprachen).
 - c) Nachweis wissenschaftlicher Publikationen. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

Rigorousum

§ 27

- (1) Das Rigorousum ist eine aus einem Haupt- und aus zwei Nebenfächern bestehende, zusammenfassende öffentliche Übersichtsprüfung, die vor einem mindestens dreiköpfigen Ausschuss öffentlich absolviert werden muss, dessen Arbeit von einer/einem Vorsitzenden geleitet wird.
- (2) Nach der Zulassung zum Promotionsverfahren kann sich die Doktorandin/ der Doktorand für das Rigorousum anmelden. Die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses wird vom Doktorenrat unter Einbindung des zuständigen Fachausschusses festgelegt. Das Rigorousum dient der Überprüfung jener Kenntnisse, welche die Doktorandin/der Doktorand in Ihrem/ seinem breiteren Forschungsfeld erworben hat.
- (3) Die Ausschussmitglieder verfügen über einen wissenschaftlichen Grad. Ein Mitglied des Ausschusses muss eine Person sein, die weder am Studium der Doktorandin/ des Doktoranden beteiligt war, noch an der Universität zur Dozentin/ zum Dozenten oder Professorin/ Professor berufen ist. Die Vorsitzende/ Der Vorsitzende der Rigorousumskommission kann nur eine Universitätsprofessorin/ ein Universitätsprofessor, eine Professorin Emerita/ ein Professor Emeritus, eine habilitierte Universitäts- oder Hochschuldozentin/ Hochschuldozent sein.
- (4) Der Termin des Rigorousums und die Zusammensetzung des Ausschusses müssen der Doktorandin/dem Doktoranden zumindest drei Wochen vor dem Termin auf elektronischem Wege mitgeteilt werden. Die Doktorandin/der Doktorand hat das Recht, innerhalb von 3 Tagen – jedoch allein unter Berufung auf Voreingenommenheit oder Inkompatibilität – die Zusammensetzung des Ausschusses bei der Leiterin/ beim Leiter schriftlich zu beanstanden. Wird die Beanstandung binnen drei Tagen schriftlich

abgewiesen, findet das Rigorosum zum ursprünglich geplanten Termin statt. Ansonsten beginnt der Fristverlauf von neuem.

- (5) Die Leistung beim Rigorosum wird von allen Mitgliedern des Ausschusses bewertet. Die Gesamtnote des erfolgreichen Rigorosums ergibt sich aus dem erreichten Prozentanteil der maximal erreichbaren Punktzahl wie folgt: summa cum laude ab 90%, magna cum laude ab 80%, cum laude ab 70%, rite ab 60%. Das Rigorosum ist gescheitert, wenn der Kandidat 60% der erreichbaren Punktzahl nicht erreicht. Das Ergebnis muss unmittelbar nach dem Rigorosum bekannt gegeben werden. Über das Rigorosum muss ein Protokoll geführt werden.
- (6) Im Falle eines erfolglosen Rigorosums (weniger als 60 %) besteht die Möglichkeit einer einmaligen Wiederholung, die frühestens 3 Monate und spätestens 12 Monate nach dem erfolglosem Versuch erfolgen muss.

Die Dissertation

§ 28

- (1) Die Dissertation und ihre Thesen müssen in dem in der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Umfang, der Form und Anzahl von Kopien bei der Leiterin/dem Leiter der Doktorschule eingereicht werden.
- (2) Die gesamte Dissertation und ihre Thesen müssen auch in elektronischer Form abgegeben werden. Das Studienreferat bzw. die Koordinatorin/der Koordinator der Doktorschule sind dafür verantwortlich, die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben an das Bildungsministerium und andere Institutionen weiterzuleiten.
- (3) Die Dissertation ist innerhalb einer bestimmten Frist im Verlagsbuchhandel oder auf andere Weise zu veröffentlichen. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung der Doktorschule.

Der Promotionsausschuss und das Promotionsverfahren

§ 29

- (1) Der Promotionsausschuss besteht aus der/dem Vorsitzenden, zwei offiziellen Gutachterinnen/ Gutachtern, der Schriftführerin/dem Schriftführer sowie aus zwei oder drei weiteren Mitgliedern, insgesamt jedoch höchstens aus sieben Mitgliedern, wobei jedes Mitglied jeweils nur eine Funktion erfüllen darf. Die Mitglieder des Ausschusses müssen mit Ausnahme der Schriftführerin/des Schriftführers über einen wissenschaftlichen Grad verfügen. Eine Gutachterin/ Ein Gutachter und mindestens ein weiteres Mitglied darf an der Universität nicht zur Dozentin/ zum Dozenten oder Professorin/ Professor berufen sein. Wenn die Kommission aus sieben Mitgliedern besteht, gilt dies für 3 Mitglieder. Die/Der Vorsitzende des Ausschusses ist immer eine Professurleiterin/ ein Professurleiter, Dozentin/ Dozent oder eine Professorin Emerita/ ein Professor Emeritus der AUB.

- (2) Der Beirat legt dem Doktorenrat der Universität einen Vorschlag für die Zusammensetzung des Promotionsausschusses vor. Im Laufe der Zusammenstellung des Ausschusses für das Rigorosum und des Promotionsausschusses muss jegliche Inkompatibilität vermieden werden. Eine Person kann nur an einer Phase des Verfahrens teilnehmen. Der Vorschlag muss auch drei Ersatzmitglieder beinhalten, wobei festzuhalten ist, wer gegebenenfalls die/den Vorsitzenden und die Schriftführerin/den Schriftführer ersetzen soll.
- (3) Die Gutachterin/ Der Gutachter können die Berufung in den Ausschuss innerhalb von 7 Tagen ohne Begründung ablehnen. Die Kandidatin/der Kandidat hat das Recht, innerhalb von 3 Tagen – jedoch allein im Falle von Voreingenommenheit oder Inkompatibilität – die Zusammensetzung des Promotionsausschusses beim Beirat schriftlich zu beanstanden. Wird dem Anspruch stattgegeben, so muss ein neues Mitglied ernannt werden.

§ 30

- (1) Über die einzelnen Schritte des Promotionsverfahrens ist ein Protokoll zu führen.
- (2) Die eingereichten Unterlagen werden von der Leiterin/ dem Leiter der Doktorschule zunächst den beiden Gutachterinnen/ Gutachtern übermittelt. Diese fertigen binnen zwei Monaten jeweils ein Gutachten zur Arbeit an, welches eine Empfehlung zur Annahme oder Ablehnung der Arbeit und eine Bewertung enthält. Die Bewertung wird wie folgt vorgenommen: summa cum laude ab 90%, magna cum laude ab 80%, cum laude ab 70%, rite ab 60%. Zudem leitet die Leiterin/ der Leiter die nötigen Schritte zu Plagiatsüberprüfung ein. Ein Exemplar der Dissertation ist zudem in der Bibliothek zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen.
- (3) Im Falle eines negativen Gutachtens, ist eine dritte Gutachterin/ ein dritter Gutachter zu bestellen.
- (4) Lehnen zwei Gutachterinnen/ Gutachter die Dissertation ab, so ist das Promotionsverfahren beendet. Ein neues Verfahren setzt das Einreichen einer neuen Dissertation voraus und kann frühestens nach zwei Jahren begonnen werden.
- (5) Die Gutachterinnen/ Gutachter können in ihren Gutachten Fragen an die Kandidatin/ den Kandidaten stellen, die zunächst schriftlich bzw. im Rahmen der Verteidigung zu beantworten sind.
- (6) Sprechen sich zwei Gutachterinnen/ Gutachter für die Annahme der Arbeit aus, so setzt die Leiterin/der Leiter der Doktorschule im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Promotionsausschusses einen Termin binnen zwei Monaten und innerhalb der regulären Vorlesungszeit für die öffentliche Verteidigung (Disputation) fest und sorgt für die rechtzeitige Weiterleitung des Termins (mindestens 2 Wochen davor) an alle Beteiligten.
- (7) Der Kandidatin/dem Kandidaten sind die Gutachten nach Einlangen bei der Leiterin/dem Leiter der Doktorschule von dieser/diesem unverzüglich weiterzuleiten, um dieser/diesem die Möglichkeit zu geben, die in den Gutachten aufgeworfenen Fragen schriftlich zu beantworten. Eine derartige schriftliche Beantwortung kann bis 10 Tage vor dem Termin für die Disputation erfolgen.

Disputation

§ 31

- (1) Die Dissertation muss vor dem Promotionsausschuss in einer Disputation verteidigt werden. Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens vier seiner Mitglieder, darunter mindestens eine Gutachterin/ ein Gutachter und eine externe Expertin/ein externer Experte, anwesend sind.
- (2) Nach Vorstellung der Thesen durch die Kandidatin/ den Kandidaten und eine Diskussion derselben durch den Ausschuss entscheidet dieser in geheimer Abstimmung über die Verteidigung. Die Note der erfolgreichen Verteidigung ergibt sich aus dem erreichten Prozentanteil der maximal erreichbaren Punktzahl wie folgt: summa cum laude ab 90%, magna cum laude ab 80%, cum laude ab 70%, rite ab 60%. Zur erfolgreichen Verteidigung werden mindestens 60% der bei der Zahl der anwesenden Ausschussmitglieder insgesamt möglichen Punkte benötigt. Wird dies bei der Abstimmung verfehlt, so ist die Verteidigung gescheitert.
- (3) In die Gesamtnote einer erfolgreich verteidigten Dissertation gehen ein: das Abstimmungsergebnis über die Verteidigung zu 30 Prozent, die Benotung in den vorgelegten Gutachten zu gleichen Teilen im Umfang von 70 Prozent. Die Gesamtnote der erfolgreich verteidigten Dissertation ergibt sich aus dem Prozentanteil der auf der Fünfer-Skala maximal erreichbaren Punktzahl wie folgt: summa cum laude ab 90%, magna cum laude ab 80%, cum laude ab 70%, rite ab 60%. Nach erfolgter Abstimmung ist das Ergebnis der Kandidatin/dem Kandidaten coram publico mitzuteilen.
- (4) In die Gesamtnote der Doktorprüfung gehen die Ergebnisse des Rigorosums und der verteidigten Dissertation in einem Verhältnis von 20% zu 80% ein. Die Gesamtnote der erfolgreich verteidigten Dissertation ergibt sich aus dem erreichten Prozentanteil der auf der Fünfer-Skala maximal erreichbaren Punktzahl wie folgt: summa cum laude ab 90%, magna cum laude ab 80%, cum laude ab 70%, rite ab 60%.
- (5) Das Promotionsverfahren muss innerhalb eines Jahres nach Einreichen der Dissertation abgeschlossen werden.

Die Verleihung des Dokortitels

Allgemeines

§ 32

- (1) Das Promotionsverfahren ist erfolgreich, wenn die Kandidatin/der Kandidat sein Rigorosum absolviert und seine Dissertation verteidigt hat.
- (2) Aufgrund des Berichts des Rigorosums- und des Promotionsausschusses bzw. aufgrund der erhaltenen Punktzahlen entscheidet der Dokorenrat der Universität über die Verleihung des Dokortitels (Ph.D.), erstellt die Urkunde und benachrichtigt die Ungarische Akkreditierungskommission über die Entscheidung.

Die Doktorurkunde

§ 33

- (1) Die Doktorurkunde beinhaltet den Namen und das Siegel der AUB, den Namen der Doktorandin/des Doktoranden, ihren/seinen Geburtsort und –datum, die Gesamtnote des Promotionsverfahrens, die Benennung des Forschungsgebiets sowie des Wissenschaftszweigs, in welchem die Kandidatin/der Kandidat ihren/seinen Dokortitel erworben hat und den Ort, sowie Jahr, Monat und Tag der Promotion. Die Urkunde wird vom Rektor und von der Leiterin/vom Leiter der Doktorschule unterzeichnet.
- (2) Die Urkunde wird in Deutsch, Latein und in Ungarisch ausgestellt. Auf Bitte des Kandidaten und gegen eine Verfahrensgebühr kann die Urkunde auch in einer anderen Sprache ausgestellt werden.

Die Promotion

§ 34

- (1) Jene Doktorkandidatinnen/Doktorkandidaten, die das Promotionsverfahren erfolgreich absolviert haben, werden im Rahmen einer öffentlichen Festsitzung des Universitätssenats zum Doktor promoviert. Der Ablauf der Promotionsfeier ist in der Geschäftsordnung geregelt.
- (2) Ist es einer Kandidatin/einem Kandidaten nicht möglich vor der Festsitzung zu erscheinen, so kann der Beirat oder ein Vertreter auf Antrag des Kandidaten die Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades auch in formloser Weise übergeben.
- (3) Mit dem Empfang der Urkunde erhält die Kandidatin/der Kandidat das Recht den Dokortitel (Ph.D.) zu führen.
- (4) Auf Antrag der Kandidatin/des Kandidaten gibt die Universität vor der feierlichen Promotion eine Bestätigung über die Ergebnisse des Rigorosums und der Disputation bzw. über die Entscheidung des Doktorenrates aus, die von der Leiterin/vom Leiter der Doktorschule unterzeichnet wird.

Promotion mit Auszeichnung

§ 35

- (1)

Aufgrund des Vorschlags der Hochschuleinrichtung unterbreitet der für das Unterrichtswesen zuständige Minister den Vorschlag zur Verleihung der Auszeichnung *Promotio sub auspiciis praesidentis Rei Publicae* derjenigen Personen, die sowohl ihre Mittelschulausbildung, als auch ihr Universitäts- und Doktorstudien mit ausgezeichnetem Erfolg absolviert haben, dem Präsidenten der Republik zur Genehmigung.

- (2) Die Promotion mit Auszeichnung kann der Kandidat schriftlich beim Doktorenrat der Universität beantragen. Nach positiver Stellungnahme des Doktorenrates, gibt die Leiterin/ der Leiter der Doktorschule den Antrag an den Senat zur Genehmigung weiter, der eine endgültige Entscheidung fällt.

Dokumentation und Archivierung der Unterlagen

§ 36

Nach dem Ende (oder Abschluss) des Promotionsverfahrens werden die Unterlagen des Verfahrens ad acta gelegt. Das im Druck nicht erschienene schriftliche Material des Verfahrens kann nicht ausgemustert werden.

Der Ehrentitel „doctor honoris causa“ (Dr.h.c.)

§ 37

- (1) Stellt eine Fakultät gemäß § 24 (3) der Satzung der AUB einen Antrag auf Verleihung des Titels „Doctor honoris causa“, so gibt der Doktorenrat der Universität vor der Abstimmung im Senat eine Stellungnahme ab.
- (2) Die Promotion zum Ehrendoktor findet im Rahmen einer festlichen Senatssitzung statt.

Nostrifikation eines im Ausland erworbenen akademischen Grades

§ 38

- (1) Der Nostrifikationsantrag muss gemäß Beilage im Sekretariat der Doktorschule eingereicht werden. Nach Prüfung der formellen Voraussetzungen durch den Beirat leitet dieser den Antrag mit einer entsprechenden Empfehlung an den Doktorenrat der Universität weiter. Eine Stellungnahme des zuständigen Fachausschusses ist im Vorfeld einzuholen.
- (2) Der Doktorenrat der Universität entscheidet über die Nostrifikation. Er kann die Erfüllung von ergänzenden Voraussetzungen vorschreiben. Der nostrifizierte akademische Titel befähigt zu keiner Berufsausübung.
- (3) Vom Zweifelsfall ist eine positive Stellungnahme des für die Bildungen zuständigen ungarischen Ministeriums über das den Titel ursprünglich verleihende Institut einzuholen.

IX. Abschluss- und Übergangsregelungen, sowie Regelungen des Inkrafttretens

§ 39

- (1) Die Ordnung des Doktorstudiums der Universität tritt nach der abschließenden Genehmigung durch den Senat in Kraft und ersetzt alle früheren Ordnungen.
- (2) In jenen Fragen, die in dieser Ordnung nicht geregelt sind, aber in die Zuständigkeit der Doktorschule fallen, wird der Doktorenrat der Universität eine Geschäftsordnung erlassen, die dem Senat zur Genehmigung vorgelegt werden muss.



ÉRKEZETT 2013 JÚL 30

Oktatási Hivatal

1055 Budapest, Szalay utca 10-14.

Telefon: (+36 1) 374-2140

Telefax: (+36 1) 374-2478

Honlap: <http://www.oh.gov.hu>

E-mail: felsooktatas@oh.gov.hu

Ügyszám: FF/1196-6/2013.
Ügyintéző: Farkas Andrea (tel.: 1/374-2142, e-mail: farkas.andrea@oh.gov.hu)
Kérelmező: Andrassy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem, képviselő: Dr. Masát András rektor
1088 Budapest, Pollack Mihály tér 3.
Tárgy: Eljárás felfüggesztése
Melléklet: Szakvélemény



V É G Z É S

A(z) Andrassy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem által indítandó összehasonlító állam- és jogtudományok LL.M mesterképzési szak nyilvántartásba vételének ügyében indult FF/1196/2013. számú eljárást a képzés képzési és kimeneti követelményeinek az emberi erőforrások minisztere általi közzétételéig

f e l f ü g g e s z t e m ,

egyúttal felhívom a kérelmezőt, hogy – jelen végzés kézhezvételétől számított 30 napon belül – igazolja az Oktatási Hivatal felé, hogy kezdeményezte az emberi erőforrások miniszterénél a képzés képzési és kimeneti követelményeinek közzétételét.

Az eljárás felfüggesztésétől annak megszűnéséig eltelt idő nem számít be az ügyintézési határidőbe.

E végzés ellen, annak kézhezvételétől számított 15 napon belül fellebbezés nyújtható be az emberi erőforrások miniszterének címzett – de az Oktatási Hivatalhoz benyújtandó – jogorvoslati kérelemmel.

A fellebbezés illetékköteles, melynek összege 3.000,- Ft. Az illetékekről szóló 1990. évi XCIII. törvény 5. § (1) bekezdésében felsorolt szervezetek – a (2)-(4) bekezdésekben foglaltakra is figyelemmel – teljes személyes illetékmentességben részesülnek.

I N D O K O L Á S

A(z) Andrassy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem kérelmet nyújtott be az Oktatási Hivatalhoz a(z) összehasonlító állam- és jogtudományok LL.M mesterképzési szak (a továbbiakban: képzés) nyilvántartásba vételére.

A felsőoktatási alap- és mesterképzésről, valamint a szakindítás eljárási rendjéről szóló 289/2005. (XII. 22.) Korm. rendelet 10. § (1) bekezdése értelmében az alap- vagy mesterképzési szakok képzési és kimeneti követelményeit az emberi erőforrások minisztere (a továbbiakban: miniszter) teszi közzé.

Megállapítottam, hogy a képzés képzési és kimeneti követelményeit a miniszter még nem adta ki.

A Ket. 32. § (1) bekezdése alapján, ha az ügy érdemi eldöntése olyan kérdés előzetes elbírálásától függ, amelyben az eljárás más szerv hatáskörébe tartozik, a hatóság az eljárást felfüggeszti.

Tekintettel arra, hogy képzés nyilvántartásba vételére irányuló kérelem elbírálása a képzés képzési és kimeneti követelményeinek a miniszter általi közzétételétől függ, az eljárást ennek megtörténteig felfüggesztettem, egyúttal felhívtam a kérelmezőt, hogy a közzétételt kezdeményezze a miniszternél, amelyre 30 napot biztosítottam.

A végzés alapjául szolgáló jogszabály(ok): a közigazgatási hatósági eljárás és szolgáltatás általános szabályairól szóló 2004. évi CXL. törvény 32. § (1) bekezdése, a felsőoktatási alap- és mesterképzésről, valamint a szakindítás eljárási rendjéről szóló 289/2005. (XII. 22.) Korm. rendelet, valamint az alap- és mesterképzési szakok képzési és kimeneti követelményeiről szóló 15/2006. (IV. 3.) OM rendelet.

Hatáskörömet a nemzeti felsőoktatásról szóló 2011. évi CCIV. törvény 67. § (3) bekezdése, valamint az Oktatási Hivatalról szóló 121/2013. (IV. 26.) Korm. rendelet 16. § (1) bekezdése alapján állapítottam meg. A jogorvoslatról való tájékoztatás a közigazgatási hatósági eljárás és szolgáltatás általános szabályairól szóló 2004. évi CXL. törvény 98-99. §-ain alapul. A fellebbezési illeték mértékéről az illetékekről szóló 1990. évi XCIII. törvény 29. § (4) bekezdése, a teljes személyes illetékmentességről az 5. § (1)-(4) bekezdései rendelkeznek.

Budapest, 2013. július „25. „

Pósfai Péter elnök nevében és megbízásából:


dr. Fekete Zsolt
főosztályvezető-helyettes
Felsőoktatási Főosztály

Kapják:

1. Kérelmező
2. Irattár

Pósfai Péter

elnök

Oktatási Hivatal

Budapest

Tárgy: szakértői vélemény

Tisztelt Elnök Úr!

Az FF/1196-2/2013. ügyiratszámú végzésében a Magyar Felsőoktatási Akkreditációs Bizottságot szakértőként rendelte ki az *Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem* által indítandó *összehasonlító állam- és jogtudományok LL.M* mesterképzési szak nyilvántartásba vétele, s annak részeként – új, képzési és kimeneti követelményekkel (KKK) még nem rendelkező szak lévén – a szak létesítése, képzési és kimeneti követelményeinek meghatározása ügyében. A MAB véleményezte a vonatkozó beadványokat, és arról az alábbiak szerint foglalt állást.

A MAB 2013/7/VIII/10. sz. határozata:

A MAB megjegyzéssel támogatja az *összehasonlító állam- és jogtudományok LL.M.* mesterképzési szak létesítését és a szak képzési és kimeneti követelményeinek kiadását az *Andrássy Gyula Budapesti Német nyelvű Egyetem* által kidolgozott tervezet alapján.

Indoklás:

- A szak a képzési rendszerbe jól illeszkedik, önálló, „második” mesterszakként (LL.M.) való létesítése szakmailag indokolt a *nemzetközi vállalati jog* és a *közigazgatási jog* témaköreiben, mert az egységes európai uniós adójog, szerződési rendszer stb. kialakítására irányuló törekvés speciális ismereteket igényel az ezen a területen elhelyezkedni kívánó jogászoktól.

- A megszabott előtanulmányi feltételek révén a tervezett szak szervesen kapcsolódik a jogász képzéshez, ezáltal biztosítottak az eredményes oktatáshoz szükséges előismeretek; a kötelező és kötelezően választható ismeretkörök, ezeken belül az elméleti és gyakorlati ismeretek a jogász képzés ismeretanyagát jelentősen meghaladják, azt kibővítik és elmélyítik. A tervezett KKK részletesen határoz meg két specializációt: *nemzetközi vállalati jog és annak kelet-közép-európai sajátosságai; nemzetközi és európai közigazgatás*. Ezek szakmailag indokoltak, a megfelelő kreditmennyiséggel bírnak, a kompetenciák, ismeretkörök a kimeneti követelményeknek megfelelnek. Éppen ez a kétirányú specializáció különbözteti meg a képzést az *európai és nemzetközi üzleti jog LL.M.* képzéstől. A *nemzetközi vállalati jog* specializációt a tematika bizonyos szűkítése jellemzi (az *európai és nemzetközi üzleti jog LL.M.* képzéshez képest), ami az adott kérdések behatóbb elemzését teszi lehetővé.

Képzési terület: *jogi*.

Megjegyzés:

- A tervezett szakképzettség-megnevezés – *jogösszehasonlító mesterjogász* – nehézkes, átgondolandó, helyette az *összehasonlító jogi mesterjogász* megnevezést javasoljuk.

- A tervezett KKK 8.3. pontja a következőképpen módosítandó:

a szakmai törzsanyag kötelezően választható ismeretkörei: 35-45 kredit;

differenciált szakmai ismeretek: 25-35 kredit;

diplomamunka: 10 kredit.

A 8.4. pont elhagyható. („A szakmai törzsanyag kötelezően választható ismeretkörei” magába foglalja a differenciált szakmai ismeretek és a diplomamunka kredit-elosztását.)

A MAB 2013/7/VIII/14. sz. határozata:

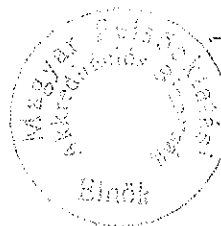
A MAB támogatja az *összehasonlító állam- és jogtudományok LL.M.* mesterképzési szak indítását az **Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetemen.**

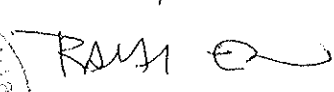
Indoklás:

- Az alapozó ismeretek jól körülhatároltak, és a szakmai törzsanyag tantárgyai is megfelelőek, különösen fontosak az *Európai versenyjog* és az *összehasonlító és európai munkajog* kurzusok. A két specializáció terve kidolgozott. A *nemzetközi vállalati jog és annak kelet-közép-európai sajátosságai* specializációban szerepeltetett kurzusok – *társasági jog, magánjog, egységes kötelmi jog* – kiemelt részei a tervezett LL.M. képzésnek. A *nemzetközi és európai közigazgatás* az Európai Unió közigazgatási szervezetére, eltérő sajátosságaira utal. A *közigazgatási jog* ún. különös része kisebb szerepet kap, pedig legalább a választható tárgyak /kurzusok között célszerű lehetőséget adni e területről is mélyebb ismeretek megszerzésére. Az előadások és a gyakorlatok arányát a gyakorlatok javára korrigálni javasolt, még akkor is, ha az előadások egy részénél konkrét jogeset-elemzéseket terveznek.
- A szakfelelős és a tantárgyfelelősök a bemutatott tudományos tevékenységük alapján szakmailag megfelelőek, két oktató kivételével német anyanyelvűek. A két magyar oktató németnyelv-ismerete is megfelelő.
- Az Andrássy Egyetem infrastruktúrája, a könyvtári ellátottság kiváló, különös tekintettel a Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg által nyújtott segítségre, az elérhető nemzetközi szakirodalomra.
- A tervezett 25 fős hallgatói létszám reális.

Budapest, 2013. július 11.

Üdvözlettel:




Balázs Ervin
a MAB elnöke